

BLEIBERECHT DURCHSETZEN !

Verhindern wir Internierungslager und Abschiebungen von Flüchtlingen

Heute Abend sind die Verwaltungsgebäude des geplanten Bezirkssammellagers in der Vauban-Kaserne besetzt worden. Wir wollen zusammen mit Flüchtlingen für eine menschenwürdige Unterbringung kämpfen, und gegen die Abschiebemaschinerie, die hier am 1.10. eingerichtet werden soll. Es gibt keinen Grund zu glauben, der Staat könne immer und widerstandslos seine Projekte durchsetzen.

Die rassistische Mobilisierung wird stärker, kein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo in der BRD Überfälle auf Flüchtlinge und MigrantInnen bzw. deren Wohnheime stattfinden. - **ES REICHT !!!** -

Vor ein paar Jahren waren es "nur" kleine organisierte faschistische Schlägertrupps, heute ist es außer diesem Kern eine Masse von Mitläufern. Und jene, die sich noch nicht trauen, klatschen Beifall. Die tätlichen Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen sind die konsequente Fortführung der jahrelangen staatlichen Hetze und Politik gegen diese Menschen. Eine Politik, die durch Sondergesetze, Sonderbehandlung und die Darstellung einseitiger Bilder rassistisches Gedankengut produziert. Der sogenannte Rechtsruck besteht nicht nur aus den Wahlerfolgen rechtsextremer und faschistischer Parteien, sondern auch aus der Annäherung sämtlicher staatstragender Parteien an deren Begrifflichkeiten (z.B. das Gerede vom "Asylmißbrauch", "das Boot ist voll", Diskussion über einen konstruierten "Zusammenhang" von Asylsuche und steigender Kriminalität); ebenso aus einer gesellschaftlichen Stimmung, die mittlerweile sowohl Pogrome als auch die staatliche menschenverachtende Politik gutheißt, oder zumindest als zur Normalität gehörend zählt - und somit weiterhin ermöglicht.

Die staatstragenden Parteien heulen jede Woche einmal ihre Krokodilstränen über die "entsetzliche Gewalt gegen AusländerInnen", heizen aber im gleichen Atemzug die Asyldebatte weiter an. Die Faschisten werden damit bestärkt, denn sie erhalten dadurch die Legitimation, Flüchtlinge anzugreifen, zu verletzen, zu töten.

Der Staat benutzt und fördert die faschistischen Angriffe; dies war in Rostock deutlich zu sehen. Schon Monate vorher wurde die brenzlige Situation von UnterstützerInnen erkannt und vor der Eskalation gewarnt.

- NICHTS PASSIERTE -

Eine Woche bevor die Angriffe begannen wurden diese sogar noch von den Faschos angekündigt.

- NICHTS PASSIERTE -

Als es dann tatsächlich losging war die Polizei vorort angeblich überfordert, hatte nicht genügend Einsatzkräfte und zog sich dann aus dem Brandherd zurück. Erst nach einer Woche, pünktlich zur Gegendemonstration von linken und fortschrittlichen Menschen, gab es genügend Polizei, genügend Kontrollen. Der Sicherheitsapparat funktionierte auf einmal wieder, und dies war und ist keine einmalige Begebenheit.

Natürlich gibt es von den Herrschenden für all das eine Erklärung und sogenannte Lösungen. Das Problem würde nicht am Rassismus hier liegen, nein - sondern schlichtweg an der Anwesenheit von Flüchtlingen (die Betroffenen werden plötzlich zu Tätern deklariert, die eigentlichen Gewaltverhältnisse stehen auf dem Kopf !). Deutsche müssen vor den Flüchtlingen geschützt werden, weil sonst die lieben Deutschen gewalttätig werden und das ist natürlich schlecht für das "deutsche Ansehen" in der großen weiten Welt.

RASSISMUS - der Tod ist ein Meister aus Deutschland

2

Rassistisches Gedankengut weilt als Grundpfeiler in der "zivilisierten abendländischen Kultur". In wirtschaftlichen Krisenzeiten wird der Rassismus geschürt, und Schuld an der ganzen Misere in der BRD sind dann die Fremden - als Menschen, die uns etwas wegnehmen.

Wir fragen:

Wer hat seit Beginn der 80iger Jahre den sozialen Wohnungsbau so gut wie eingestellt?

Wer hat astronomische Mietsteigerungen genehmigt?

Welche treue Hand hat im Osten innerhalb von zwei Jahren 3,6 Millionen Arbeitsplätze und Lehrstellen vernichtet?

Wer greift gerade die bestehenden sozialen Standards wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall an, wer spricht sich für die Erhöhung des Rentenalters aus, möchte die Wochenarbeitszeit verlängern, und wer rüttelt am Gesundheitswesen?

Wer verpraßt Milliarden in Rüstung, in Prestigeobjekte und große Gipfeltreffen?

Wer spart überall im sozialen Bereich, während gleichzeitig sich die Kluft zwischen arm und reich immer mehr vergrößert?

Die Verhältnisse in diesem Land sind tatsächlich unerträglich - Gründe, auf die Straße zu gehen, gibt es genügend. Aber es ist noch unerträglicher und unendlich feige, vor dem Chef, dem Vorarbeiter, dem Vermieter zu buckeln und sich nicht gegen die Verantwortlichen der sozialen Krise zu wehren sondern seine Wut an den gesellschaftlich Schwächergestellten abzulassen! Rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge, sexistische Gewalt gegen Frauen, Angriffe auf Behinderte, frei nach der Devise "nach oben buckeln, nach unten treten", während weiterhin von unten nach oben umverteilt wird und die Herrschenden sich ins Fäustchen lachen.



"DIE GUTEN INS KRÖPFCHEN, DIE SCHLECHTEN INS TOPFCHEN."

Die Grenzen sollen europaweit dichter gemacht werden mit dem Ziel, unkontrollierte Wanderungsbewegungen zu stoppen. Durchgesetzt werden soll der von oben kontrollier- und steuerbare Einwanderungsprozeß ausländischer Arbeitskräfte, die nach den jeweiligen wirtschaftlichen Erfordernissen verwertbar sind. Reuter von Daimler-Benz und Geißler von der CDU sind sich gegenüber der deutschen und der europäischen Rechten einig: "Einwanderung im richtigen Maß" ist die Zukunftsparole. Welches Maß das ist können wir uns denken: **Flüchtlinge und MigrantInnen sind nämlich dann kein Problem, wenn sie sich kontrolliert für die Absicherung der Profite einsetzen lassen.** Ob als billige HamburgerproduzentInnen bei McDonalds, ob als tschecheslowakische oder polnische SaisonarbeiterInnen im Bauwesen, Landwirtschaft und Gastronomie, ob als zwangsarbeitende Flüchtlinge für 2,50 DM die Stunde im bayrischen Wald, ob als erotisch-exotische Prostituierte und/oder Hausfrauen oder ob sie als UnterhaltungskünstlerInnen den öden deutschen Alltag bereichern, so sind sie willkommen. Der Selektionskatalog ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Abschottungs- und Abschiebepolitik. Europaweit werden Flüchtlinge und ImmigrantInnen nach beruflicher Qualifikation, Geschlecht, Alter und politischer Gesinnung aussortiert, gezielt eingesetzt, geschlechtsspezifisch vernutzt, ausgetauscht und kontrolliert. Flüchtlinge und MigrantInnen, die in diesem Sinne nicht verwertbar sind, sollen gefälligst draußen bleiben bzw. werden gleich wieder abgeschoben!

(3)

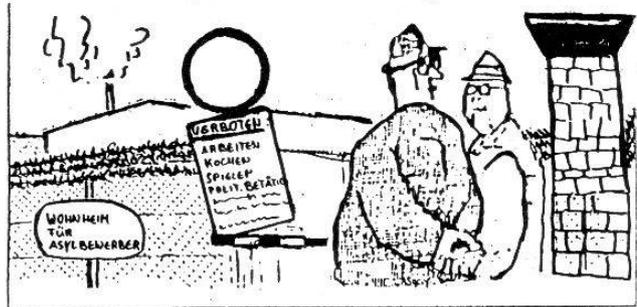
Die neuen Bezirkssammellager und die Verkürzung der Asylverfahren sind nur ein weiterer Baustein in der herrschenden Flüchtlingspolitik. Sie stehen in einer Reihe mit den sogenannten Ausländergesetzen, den Abschiebungen von de-facto-Flüchtlingen und der angestrebten europäischen Angleichung des Asylrechts.

Eine Bemerkung zum Artikel 16 GG: das Asylverfahrensgesetz vom 1.7.92 ist schon die faktische Aushebelung des Art. 16, da so gut wie kein Flüchtling eine reele Einspruchsmöglichkeit hat, innerhalb der kurzen Zeit, unter Lagerbedingungen, mit Sprachproblemen, in Entrechtung und Isolation. Die momentane Diskussion um die Abschaffung des Art. 16 GG ist nur noch die konsequente Fortführung dieser Politik, um die eventuell letzten juristischen Stolpersteine aus dem Weg zu räumen.

Die Einteilung der hier angekommenen Flüchtlinge in "offensichtlich unbegründete" AntragsstellerInnen (die dann in Bezirkssammellager gesteckt werden) und andere ist zynisch und diffamierend. Mit dem Begriff "offensichtlich unbegründet" wird suggeriert, daß ein sogenannter "Asylmißbrauch" stattfindet. "Offensichtlich unbegründet" und nicht asylrelevant ist die Flucht vor Hunger, Armut, Krieg, ökologischen Katastrophen, ebenso wie die Flucht von Frauen vor sexistischer Verfolgung und Gewalt. Jeder Flüchtling - ob Frau oder Mann - hat einen Grund zur Flucht. Kein Mensch verläßt einfach nur so ihr bzw. sein Land, die Familie, Freunde, den gesamten Lebenszusammenhang.

Wir lehnen eine Einteilung der Flüchtlinge in sogenannte "politische" und sogenannte "wirtschaftliche", also die Aufspaltung in "echte" und "falsche" Flüchtlinge grundsätzlich ab. Jede soziale/wirtschaftliche Not hat politische Ursachen, sie sind das Resultat der "freien Marktwirtschaft" - des kapitalistischen Weltmarkts! Die ungleiche Verteilung der Ressourcen und Reichtümer dieser Erde, die Ausplünderung der Drei Kontinente und die Ausbeutung der Menschen, die dort leben, hat die Flüchtlingsströme erst verursacht. In Osteuropa hat die Umstrukturierung durch den Westen, d.h. die Zerstörung des gesamten wirtschaftlichen und sozialen Systems, gerade erst begonnen. Dies geht mit der Vernichtung der Existenzgrundlagen vieler Menschen einher

In den sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten liegen die Fluchtursachen vieler Menschen. Sie kommen hierher, um sich ein Auskommen, ein Dach über dem Kopf zu sichern, um sich ein Stück vom Kuchen zu holen! Auch das neue Asylverfahrensgesetz wird an dem Zustrom von Flüchtlingen nichts ändern, da die Fluchtgründe weiterhin bestehen. Immer mehr Menschen werden also "illegal" nach Deutschland kommen, Das bedeutet: Sozialhilfe-, Unterbringungs- und Verwaltungskosten fallen weg. Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies eine große Anzahl billigster Saison-, Feld-, Putz- und BauarbeiterInnen und Prostituierte, deren Stundenlohn im 3-DM-Bereich liegen dürften.



"Wie man so 'n Lager aufzieht -
da macht uns Deutschen so leicht keiner was vor!"

An dieser Stelle wollen wir noch einmal ganz klar zum Projekt "Bezirkssammellager" Position beziehen, aktuell, aber auch aus historischen Parallelitäten.

SAMMELLAGER UND SONDERGESETZE - WIE RASSISTISCHE BILDER ENTSTEHEN:

Die neuen Bezirkssammellager erfüllen in erster Linie eine praktische Funktion: als permanentes Wartezimmer, in dem die Flüchtlinge den Behörden zur Verfügung stehen müssen. Darüber hinaus sind sie aber auch ein Versuch, die rassistische Stimmung weiter anzuheizen, was das Ziel jeder Sonderbehandlung ist.

Als deutsche Behörden 1936 begannen, überall in deutschen Städten Roma- und Sintifamilien zwangsweise in kommunale, bewachte und umzäunte Lager zu überführen, diente das nur zur Hälfte zur Überwachung der betreffenden Familien. Die andere Hälfte zielte auf Schaffung einer Einstellung, Mentalität, Akzeptanz, daß da wohl gefährliche Menschen gefangengehalten werden; denn wenn sie nicht gefährlich wären, bräuchten sie nicht eingesperrt zu werden. Es geht den Behörden darum, die Flüchtlinge als Masse, als kaum kontrollierbaren Strom, als Anhäufung sozialer Probleme, als geschichtslose Wesen vorzuführen die aus Höhlen kommend und in

Bunkern hausend dahinvegetieren. Sie haben keinen Beruf, sind ihrer Person und ihres Namens beraubt, sie haben keine Geschichte, sie könnten genausogut wieder weg sein. Die Internierung von Menschen ist immer ein deutliches Signal an die, die nicht interniert sind. Genauso verhält es sich auch mit den sogenannten Sam mellagern heute.

4



Wir fordern die Schließung der Bezirkssammellager und aller anderen Sammellager. Eine Verhinderung dieser Lager kann ein Schritt zum Beginn eines Kampfes gegen jegliche Form der Sonderbehandlung von Flüchtlingen und MigrantInnen sein. Der Widerstand gegen Sammellager kann nicht mit dem Ziel geführt werden, daß es den Flüchtlingen weiterhin verboten bleibt, ihren Wohnort frei zu bestimmen. Wir stimmen nicht für den Erhalt polizeilich "überwachter" Wohnheime und auch nicht für die zwangsweise Einweisung in Schimmelhotels zu fünf auf einem Zimmer ohne Waschmaschine, mit kaputter Dusche, aber für 200 DM die Nacht. Das Asylverfahrensgesetz muß genauso weg wie das neue Ausländergesetz.

ENTWICKELN WIR GEMEINSAM MIT DEN FLÜCHTLINGEN DIE SCHRITTE IM WIDERSTAND !

Unterstützen wir sie im konkreten alltäglichen Kampf für Sozialhilfe, genießbares Essen, menschenwürdige Unterkünfte, gegen Zwangsverteilung, Isolierung, Internierung und Abschiebung.

SCHAUT NICHT WEG, SONDERN GREIFT EIN!

Bei rassistischen Pöbeleien, blöden Sprüchen auf der Straße, gegen rassistische Gewalt überall! Wir müssen viele werden, die sich an der Eingrenzung der Faschisten beteiligen. Wer aber den Faschisten aufs Maul schlagen will, muß so zielen, daß es die Backe von Weizäcker und Lafontaine und die Mäuler der Chefs von Daimler-Benz, Hoechst, Deutsche Bank, Siemens, Treuhand, ... ebenfalls trifft.

- **KEINE LAGER, KEINE SCHNELLVERFAHREN - GEGEN JEDLICHE SONDERBEHANDLUNG**
- **WOHNRAUM FÜR ALLE:** für die dezentrale Unterbringung aller Flüchtlinge
- **FÜR DIE SOFORTIGE ANERKENNUNG FRAUENSPEZIFISCHER FLUCHTGRÜNDE**

Kommt alle zur Besetzung der Verwaltungsgebäude in der Vauban-Kaserne, Treffpunkt jetzt an der Oltmannstraße 34

einige FlüchtlingsunterstützerInnen, 25.09.92

